

Neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Aktion 3. Welt Saar ist der leidenschaftliche Kleingärtner Roland Röder außerdem für den Schwerpunkt Agrarpolitik und Biopiraterie zuständig. Ob er in seinem Gärtchen auch Saat aus geklauten Patenten anbaut, wollte er allerdings nicht verraten.

(Foto: a3ws)



ENTWICKLUNGSPOLITIK

Deutschland ist unser Entwicklungsland

w maxx: Wie ist die Aktion 3. Welt Saar entstanden?

Roland Röder: Die Aktion 3. Welt Saar und der zugehörige 3. Welt-Laden wurden 1982 von Mitgliedern des selbstverwalteten Jugendzentrums in Losheim und von Menschen, die in den Reihen der Katholischen Jugend gearbeitet haben, gegründet. Zentral war von vornherein die soziale Gerechtigkeit, national und auch international. Wobei wir uns schon sehr früh entschieden haben, den Fokus stärker auf Auseinandersetzungen hier in Deutschland zu legen.

Viele linke Organisationsansätze haben in den vergangenen Jahren den gesellschaftlichen Hintergrund, aus dem sie entstanden sind, eingebüßt. Wie ist das bei Ihnen?

Zwei Säulen sind für unsere politische Arbeit und unser Selbstverständnis relevant. Zum einen haben wir bewusst kein Projekt in der so genannten 3. Welt, weil wir uns nicht anmaßen möchten, andere zu entwickeln. Wir begreifen vor allem die BRD als Entwicklungsland. Zweitens begreifen wir uns dezidiert nicht als Ein-Punkt-Organisation und respektieren das Monopol von Parteien auf Politik nicht. Wir beziehen zu sehr unterschiedlichen politischen Themen Stellung und mischen uns in Debatten ein. Wir setzen uns mit Themenfeldern wie Agrar- und Ernährungsfragen, Welthandel, Rassismus, Antisemitismus und Asyl auseinander. Aktuell haben wir sogar eine sehr gut funktionierende Fußball-AG.

Ihr Selbstverständnis hat sich also permanent weiterentwickelt?

Ja. Das war von Anfang an so gewollt. Als wir beispielsweise in den achtziger Jahren

angefangen haben, uns mit der Asylpolitik zu beschäftigen - damals begann ja das Schengener Vertragswerk Gestalt anzunehmen - waren wir in der klassischen 3. Welt- oder internationalistischen Szene mit diesem Thema eine absolute Ausnahme.

Sie haben gerade Schengen angesprochen. Inwiefern hat Sie der Umstand beeinflusst, dass Sie in der Grenzregion leben und arbeiten?

Diese Frage wird uns sehr häufig gestellt. Je weiter weg die Menschen von der Grenze wohnen, umso eher fragen sie danach. Es gab zwei Themen, Schengen und Cattenom, bei denen es eine stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit gab. Die Kooperation mit

"Die Kooperation mit Luxemburger Gruppen fing gut an. Leider konnten wir sie nicht so fortführen, wie es wünschenswert gewesen wäre."

verschiedenen Luxemburger Gruppen - ASTM, Caritas und noch zwei, drei Migrantenorganisationen - fing gut an. Es gelang uns jedoch nicht, dies in einer Weise weiterzuführen, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Wie entwickelte sich damals die Zusammenarbeit zu Cattenom?

1986 waren wir an der Gründung der Internationalen Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom beteiligt. In diesem Gremium saßen auch viele LuxemburgerInnen, die heute zum Teil in der w maxx oder der Parlamentsfraktion der Grünen sitzen (lacht). Im Rahmen

dessen gab es dann auch die berühmte Demonstration in Koenigsmacker, der ersten Demonstration in Frankreich, zu der auch Deutsche kommen konnten. Zuvor waren die Grenzen immer dicht, wenn es zu Protesten gegen Cattenom kam. Diese haben einer breiten Öffentlichkeit noch einmal deutlich gemacht, dass Cattenom nicht der Gipfel der Schöpfung ist.

Hat sich die Mitgliederstruktur im Laufe der Zeit verändert?

Es gab und gibt Verschiebungen. Leute treten aus, nachdem sie zum Teil zehn, fünfzehn Jahre dabei waren. Leute, die sich lebensgeschichtlich mittlerweile ganz anders orientieren, die ihren Glauben und ihre Hoffnung auf soziale Veränderung aufgegeben haben, sich auch anders eingerichtet haben in dieser Gesellschaft. Als wir im Jahre 2002 stärker mit den Themen Antisemitismus und Israel an die Öffentlichkeit gingen, hatten wir ebenfalls einige Austritte. Andere sind deswegen hinzugekommen. Den bisher größten Mitgliederzuwachs gab es jedoch Anfang der Neunzigerjahre, als uns vom damaligen schwarz-grünen Bürgermeister unsere Räume gekündigt wurden, mit der Begründung, er möchte dort Flüchtlinge unterbringen. Im Zuge des Streits, der letztlich dazu führte, dass wir das betref-

fende Haus kauften, haben sich die Mitgliederzahlen verdoppelt.

Wie funktioniert Ihre Arbeit in den lokalen Netzwerken?

Zunächst einmal hat sie sich erweitert. Lokal heißt für uns mittlerweile Saarland und Rheinland-Pfalz. Das ist die Region, in der wir primär arbeiten. Zu ausgewählten Themen wie Islamismus, Antisemitismus und Agrarfragen ar-

"Manche haben ihre Hoffnung auf soziale Veränderung mittlerweile aufgegeben und sich in der Gesellschaft eingerichtet."

beiten wir auch bundesweit. Ansonsten ist die Arbeit in Bündnissen sehr zeitintensiv. Ein Bündnis heißt nicht automatisch "Bündelung der Kräfte". Aber im Laufe der Jahre hat sich eine Vertrauensbasis entwickelt.

Weshalb ist das Thema Antisemitismus für Sie so zentral?

Das erklärt sich zum einen biografisch, weil für alle, die hier mitmachen, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus für die eigene politische Biografie zentral ist. Der zweite Grund ist, dass wir ständig auf Antisemitismus gestoßen sind. Egal zu

welchem Thema wir gearbeitet haben, wir wurden ständig damit konfrontiert, dass Israel angeblich ein Schurkenstaat ist. Das ist in der deutschen Linken eine sehr weit verbreitete Annahme. Irgendwann haben wir uns dann die Frage gestellt, was es bedeutet, mit der Konsequenz aus dem Holocaust - der Gründung des Staates Israel - so umzugehen, dass er immer wieder als Schurkenstaat dämonisiert und auch delegitimiert wird.

Warum gehen Sie soweit, sogar Solidarität mit dem Staat Israel zu fordern?

Es geht uns nicht darum, dass man mit allem, was dieser Staat macht, einverstanden sein muss. Es geht darum, sich prinzipiell zur Existenz dieses Staates zu bekennen. Das schließt eben auch das Recht dieses Staates ein, seine Existenz zu verteidigen.

Momentan sind Sie dabei, mit Unterstützung der Europäischen Union ein Kompetenzzentrum zum Thema Islamismus aufzubauen. Was hat Sie dazu motiviert?

Das geht aus den Auseinandersetzungen hervor, die wir seit der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre zu den Themen Antisemitismus und Israel geführt haben. Ab Anfang 2001 haben wir uns dazu auch deutlich in der Öffentlichkeit geäußert. Wir sahen, dass es aus dem islamischen Kontext heraus eine erhebliche Ablehnung gegenüber dem Staat Israel gibt, bis hin zu der Bereitschaft, mit Selbstmordattentaten und anderen gewaltsamen Aktivitäten gegen den Staat und die Menschen, die dort leben, vorzugehen. Hinzu kommt, dass wir von Anfang an auch praktische Flüchtlingsarbeit gemacht haben. Dabei haben wir gemerkt, dass wir mancherlei Trugschlüssen aufsitzen. Ich selbst war beispielsweise des öfteren bei Hochzeiten zu Gast, die ich mittlerweile als Zwangsheirat bezeichnen würde und auch damals zum Teil als solche gesehen habe. Ich habe mir die Situation aber mit dem Argument zu rechtgebogen, es handle sich um eine andere Tradition, eine andere Kultur, das müsse man tolerieren und so weiter. Damit habe ich eine falsche Toleranz praktiziert, anderen ging es ähnlich. Aus dieser Auseinandersetzung resultierte die Motivation, sich stärker mit dem Islamismus in Deutschland auseinanderzusetzen. Zudem ist es bei uns so, dass wir versuchen, Themen miteinander zu verknüpfen, beispielsweise die Themen Flucht, Asyl und Islam. Denn wir mussten feststellen, dass viele Menschen vor Islamismus oder vor einer fanatischen Auslegung des Islam fliehen.

Was bezwecken Sie mit dem Kompetenzzentrum?

Zielgruppe sind zum einen die Flüchtlinge selbst, die Probleme mit islamistischen Denkweisen haben. Es gibt ja etliche, die in ihren Familien oder Communities zu bestimmten Verhaltensweisen gezwungen werden, aus denen sie ausbrechen möchten. Die zweite Zielgruppe sind

Menschen, die in asylpolitischen Gruppen arbeiten, die dritte sind, allgemeiner gefasst, globalisierungskritische Menschen und Organisationen.

Jüngst haben Sie eine Debatte um das Konzept der multikulturellen Gesellschaft angestoßen. Wo setzt Ihre Kritik an?

Wir wollen das Konzept der multikulturellen Gesellschaft nicht komplett verwerfen. Wir sind dafür, dass Individuen Bürgerrechte haben, diese Rechte jedoch nicht pauschal ganzen gesellschaftlichen Gruppen gewährt werden. Diesen kulturalistischen, teilweise sogar kulturrelativistischen Blick muss man ablegen, um zu einer emanzipatorischen Haltung zu kommen. Wir halten nichts von der ver-

"Zwangsheirat habe ich mir mit dem Argument zurechtgebogen, es handle sich um eine andere Kultur, die man tolerieren müsse."

meintlich toleranten Haltung, bestimmte Verhaltensweisen seien in anderen Kulturen gang und gäbe, etwa die Art, wie Frauen in der Ehe behandelt werden. Wenn dieser kulturalistische Blick abgelegt würde, wäre meiner Meinung nach in der Auseinandersetzung um die multikulturelle Gesellschaft viel gewonnen. Gelingt dies allerdings nicht, werden diejenigen, die sich für eine multikulturelle Gesellschaft engagieren, dieses Konzept selbst zu Grabe tragen. Wenn etwa die deutsche Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl vor Islamophobie warnt und damit einen Kampfbegriff von iranischen Mullahs gegenüber hiesigen IslamkritikerInnen in Anschlag bringt, ist einiges im Argen.

Der Vorwurf der Islamophobie wird hierzulande meist in dem Sinne verwendet, man unterscheide nicht zwischen Islamismus und dem Islam.

Religionen tendieren generell zu einem umfassenden, totalitären Machtanspruch. Das Christentum ist jedoch durch die Aufklärung geschleift worden. Etliche seiner negativen Seiten sind zwar nicht komplett beseitigt, aber doch stark nivelliert worden. Das steht dem Islam erst noch bevor. Ich halte es für richtig, zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden. Man muss aber auch sehen, dass der Islamismus aus dem Islam kommt. Die Grenze ist mitunter sehr schwierig zu ziehen. Ich habe großen Respekt vor den Muslimen, die für sich entscheiden haben, dass ihre Religion Privatsache ist, die daraus keine gesellschaftlich-totalitären Ansprüche ableiten.

Interview:
Thorsten Fuchshuber